

# Landtagswahl 2016

## Parteiprogramme aus handwerkspolitischer Sicht

### CDU

### Bewertung des BWHT

#### Mittelstandsförderung und Bürokratieabbau

- |   |   |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"><li>• Eigenständiges Wirtschaftsministerium mit Zuständigkeit für Wirtschaft und Technologie.</li><li>• Wohnungsbau als gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Gründung einer Wohnbauallianz.</li><li>• Mehr Geltung für das Konzept der sozialen Marktwirtschaft. Mittelstandsförderungsgesetz hat sich bewährt.</li><li>• Gründungen erleichtern durch Bürokratieabbau und finanzielle Förderung (Venture-Capital). Zudem Gründung eines Landeszentrums.</li><li>• Bürokratieabbau beim Mindestlohn (Dokumentationspflichten, Subunternehmerhaftung).</li><li>• Abschaffung der Vorfälligkeit der Sozialversicherungsbeiträge.</li><li>• Dreigliedriges Bankensystem als wichtige Säule der Mittelstandsfinanzierung.</li></ul> | <ul style="list-style-type: none"><li>• Im Sinne des Handwerks, jedoch fordert das Handwerk einen breiteren Zuschnitt (Wirtschaft, Bau Digitalisierung).</li><li>• Wohnbau-Allianz im Sinne des Handwerks. Nur ganz allgemeine ablehnende Aussagen zu wohnungspolitischen Regulierungen.</li><li>• Im Sinne des Handwerks</li><li>• Aussagen zur Gründungsförderung im Sinne des Handwerks, aber Fokus darf nicht alleine auf High-Tech-Start-Ups und Venture-Capital liegen. Ein Landeszentrum ist nicht nötig, da Kammern und Verbände dezentral zur Unternehmensgründung beraten.</li><li>• Im Sinne des Handwerks</li><li>• Im Sinne des Handwerks</li><li>• Im Sinne des Handwerks</li></ul> |
|---|---|

#### Bildungspolitik

- |  |  |
|--|--|
| <ul style="list-style-type: none"><li>• Durchgängiges und systematisches Beratungskonzept für Eltern: Verpflichtendes Elterngespräch beim Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Schule. Weiterführende Schulen erhalten die Möglichkeit, die Grundschulempfehlung einzusehen. Die Grundschulempfehlung bleibt nicht verpflichtend.</li><li>• Schulträger sollen sich für differenzierte Bildungswege zu Hauptschulabschluss, Mittlerer Reife und Abitur entscheiden können.</li><li>• Bedarfsgerechter Ausbau der Kindertagesbetreuung. Für jedes Kind soll in zumutbarer Entfernung ein hochwertiges Angebot zur Verfügung stehen.</li><li>• Erhalt wohnortnaher Grundschulen, auch als Bildungshäuser im Netzwerk mit Kindergärten. Fortführung und Ausbau der Bildungshäuser.</li></ul> | <ul style="list-style-type: none"><li>• Im Sinne des Handwerks</li><li>• Kein Widerspruch zu den Positionen des BWHT. Bildungsangebote sind das Ergebnis der regionalen Schulentwicklung vor Ort.</li><li>• Im Sinne des Handwerks. Allerdings fehlt die Angabe, ab welchem Alter das Angebot vorgehalten wird.</li><li>• Im Sinne des Handwerks</li></ul> |
|--|--|

- |   |   |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>• Realschulen sollen auch den Hauptschulabschluss anbieten. Werkreal- und Realschulen können zu einer gemeinsamen „Realschule Baden-Württemberg“ mit differenzierten Bildungsangeboten zusammengefasst werden. Die Klassen 5 und 6 werden als Orientierungsphase geführt. Zum Halbjahr ist ein Wechsel zwischen Haupt- und Realschulniveau möglich. Es wird sichergestellt, dass ab Klasse 7 mindestens in den Fächern Deutsch, Mathematik sowie in den Fremdsprachen und Naturwissenschaften leistungsdifferenziert unterrichtet wird.</li> <li>• Ab Klasse 8 erfolgt an Realschulen eine enge Verzahnung mit beruflichen Schulen durch berufspraktische Projekte.</li> <li>• Schulen und Schulträger können selbst entscheiden, ob sie G8 oder G9 Gymnasien anbieten. In Schulen, die beides anbieten, gibt es zur 7. Klasse eine Wahlmöglichkeit.</li> <li>• An Gymnasien wird in Klassen 5 und 6 eine intensive Beratung zum weiteren Bildungsweg angeboten.</li> <li>• Aufbau einer engeren Verzahnung von Realschulen und dem beruflichen Gymnasium. Das berufliche Gymnasium ist die Oberstufe der Realschulen.</li> <li>• Keine Neueinrichtung von Gemeinschaftsschulen. An bestehenden Gemeinschaftsschulen können Schulklassen mit ähnlich leistungsstarken Schülern eingerichtet werden, Schulleistungen werden wieder mit Noten bewertet. Keine Oberstufe an Gemeinschaftsschulen.</li> <li>• Weitere Stärkung des Erfolgsmodells der dualen Ausbildung.</li> <li>• Angemessene Ausstattung der beruflichen Schulen mit materiellen und personellen Ressourcen.</li> <li>• Mehr Freiheit und operative Eigenständigkeit für berufliche Schulen.</li> <li>• Bekenntnis zur Gleichwertigkeit von Berufsausbildung und Hochschulausbildung. Stärkung der dualen Ausbildung: Gemeinsames Ausbildungsmarketing von Politik, Schule und Wirtschaft, um die Attraktivität der beruflichen Erst- und Weiterbildung zu sichern.</li> <li>• Integration von leistungsschwächeren Jugendlichen</li> </ul> | <ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks: Realschulen müssen weiterentwickelt werden und bilden gemeinsam mit den Gemeinschaftsschulen eine Säule des baden-württembergischen Schulsystems neben dem Gymnasium. Gerade in der angedachten Orientierungsphase in den Klassen 5 und 6 unterscheidet sich die gemeinsame Realschule kaum vom Konzept der Gemeinschaftsschule.</li> <li>• Eine verstärkte Berufsorientierung ab Klasse 8 wird grundsätzlich begrüßt. Allerdings darf diese nicht einseitig auf den weiteren Besuch von beruflichen Vollzeitschulen ausgerichtet sein.</li> <li>• Es wird keine Notwendigkeit für eine Rückkehr zu G9 gesehen. Es gibt mit der Gemeinschaftsschule und den Beruflichen Gymnasien zwei Wege, das Abitur erst nach 13 Schuljahren abzulegen.</li> <li>• Aussage grundsätzlich im Sinne des Handwerks, es müssen jedoch Alternativen zur Abschulung gefunden werden.</li> <li>• Es darf keinen Automatismus beim Wechsel von der Realschule auf ein berufliches Gymnasium geben. Das Handwerk bietet attraktive Karrierewege als Alternative.</li> <li>• Aussagen stehen im Widerspruch zu den Positionen des Handwerks. Durch ein binnendifferenziertes Lernkonzept werden Schülerinnen und Schüler entsprechend ihrer Kompetenzen gefördert und gefordert. Schulleistungen müssen für Eltern und potenzielle Ausbilder differenzierter dargelegt werden. Schulnoten sind wenig aussagekräftig. Gerade im ländlichen Raum kann eine Oberstufe an Gemeinschaftsschulen die Option bieten, wohnortnah das Abitur abzulegen.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks. Entscheidungen bezüglich der Berufsfachklassen sollten jedoch nur unter Einbeziehung der zuständigen Stellen getroffen werden.</li> <li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks. Allerdings gibt es das gemeinsame Ausbildungsmarketing gut-ausgebildet.de bereits seit dem Jahr 2011.</li> <li>• Auch das Handwerk engagiert sich für</li> </ul> |
|---|---|

<p>und Jugendlichen mit Zuwanderungsgeschichte in Berufsausbildung.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhalt von wohnort- und betriebsnahen Berufsschulstandorten, Zulassung von Kleinklassen an beruflichen Schulen. Jede notwendige Standortverlagerung erfolgt in Absprache mit allen Betroffenen. Erhöhung der Landeszuschüsse zu den Internatskosten bei auswärtiger Unterbringung.</li> <li>• Eigene Fortbildungsbudgets für berufliche Schulen.</li> <li>• Ausbau des inklusiven Unterrichts. Wahlmöglichkeit zwischen der Inklusion an allgemeinbildenden Schulen, den Besuch einer Außenklasse oder den Besuch einer Sonderschule. Schaffung der personellen, räumlichen und sachlichen Voraussetzungen.</li> <li>• Ganztagschulen müssen quantitativ und qualitativ weiter ausgebaut werden, jedoch nicht als verpflichtende Ganztagschule, sondern als familienfreundliche und flexible Ganztagschule. Angebot einer Nachmittagsbetreuung für alle Grundschul Kinder.</li> <li>• Maßnahmen zur Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs, bedarfsgerechte Lehrerversorgung der Schulen, Verbesserung der Lehrerfortbildung und der Aufstiegsmöglichkeiten. Kooperationen zwischen Pädagogischen Hochschulen und Universitäten sollen gestärkt werden.</li> <li>• Zugewiesene Lehrerdeputate können durch die Schule eigenverantwortlich zum optimalen Nutzen der Schülerinnen und Schüler eingesetzt werden.</li> <li>• Stärkung des MINT-Unterrichts an allen Schulen. Implementation informationstechnischer Inhalte in den Bildungsplan.</li> <li>• Erhöhung der Attraktivität dualer Studiengänge an der Schnittstelle von beruflicher Bildung und Hochschule, Verstärkung berufsbegleitender Weiterbildungsangebote der Hochschulen, Stärkung der Kooperationen zwischen Hochschulen und Wirtschaft.</li> <li>• Stärkung des Übergangs von der Ausbildung in Hochschul-, Meister- und Technikerausbildung. Angebote für Studienabbrecher für eine Weiterführung der begonnenen Ausbildung im dualen Bereich.</li> </ul>	<p>leistungsschwächere Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund. Allerdings trifft die CDU keine Aussage zum Übergang leistungsstärkerer Jugendlicher in Ausbildung. Hier besteht ein Ungleichgewicht.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Sinne des Handwerks. Die Schließung von Kleinklassen erfolgt bereits heute in Rücksprache mit den Betroffenen. Der Internatskostenzuschuss wurde jüngst auf 12 Euro erhöht. Der BWHT fordert eine weitere Erhöhung auf 50 % der Übernachtungskosten.</li> <li>• In Bezug auf die Fortbildung der Lehrkräfte im Sinne des Handwerks. Selbst als Weiterbildungsanbieter dürfen berufliche Schulen aber nur aktiv werden, wenn sie ihre Angebote nach dem Vollkostenprinzip kalkulieren.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks. Keine Aussagen zur Inklusion an beruflichen Schulen.</li> <li>• Verlässliche Ganztagsschulangebote sind elementar für die Rückkehr junger Eltern in das Berufsleben. Familien, die ein Ganztagsschulangebot wünschen, muss ein wohnortnahes Angebot gemacht werden. Aus Sicht des Handwerks hat eine rhythmisierte Ganztagschule pädagogische Vorteile.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• An beruflichen Schulen dürfen verschiedene Bildungsgänge nicht gegeneinander ausgespielt werden. 1BFS-Klassen oder Berufsschulklassen dürfen nicht zugunsten beruflicher Vollzeitklassen geschlossen werden.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> </ul>
--	---

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Studium bleibt gebührenfrei.</li> <li>• Reform des Bildungszeitgesetzes, so dass eine Freistellung vorrangig für beruflich verankerte Weiterbildungen möglich bleibt.</li> <li>• Unterstützung betrieblicher Weiterbildung.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Nicht im Sinne einer Gleichwertigkeit von akademischer und beruflicher Ausbildung.</li> <li>• Aussage nicht im Sinne des Handwerks. Aus Sicht des Handwerks braucht es kein Bildungszeitgesetz, um die berufliche Weiterbildung zu stärken.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> </ul>
---	---

## Fachkräftesicherung

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Berufung eines Demografiebeauftragten zur Koordinierung der Ressorts.</li> <li>• Arbeitnehmer freiwillig länger im Berufsleben halten</li> <li>• Initiative zur Stärkung von Frauen in Führungspositionen starten.</li> <li>• Gleiche Aufstiegschancen und gleiche Bezahlung für gleiche Arbeit: Dialog mit der Wirtschaft intensivieren.</li> <li>• Beschäftigung älterer Mitarbeiter/Rentner: Einsatz für die Flexi-Rente.</li> <li>• Verkürzung der Anerkennungsverfahren für Asylbewerber, Einrichtung eines Landeskompetenzzentrums für Asyl und Flüchtlinge.</li> <li>• Konsequente Abschiebung von Flüchtlingen, deren Antrag abgelehnt wurde.</li> <li>• Förderung von Sprachkursen für Migranten. Die Teilnahme an Sprach- und Integrationskursen muss verpflichtenden Charakter haben.</li> <li>• Evaluierung und Verbesserung der Anerkennungsverfahren. Schaffung einer zentralen Anlaufstelle auf Landesebene, die den Anerkennungswunsch an die zuständige Stelle weiterleitet.</li> <li>• Verbesserung der Integration von Menschen mit Migrationshintergrund durch gezielte Programme zur Beschäftigungsförderung und Qualifizierung.</li> <li>• Ausbau von Förderprogrammen des Landes für Menschen mit Migrationshintergrund bei</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Der Demografiebeauftragte darf sich nur um Themen des altersgerechten Lebens kümmern. Der Fokus darf aber nicht nur auf Seniorenpolitik liegen. Für Themen der Fachkräftesicherung muss weiterhin ein im Wirtschaftsministerium angesiedelter Beauftragter für Mittelstand und Handwerk zuständig sein.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Soweit damit eine Frauenquote gemeint sein soll, wird dieser Punkt vom Handwerk abgelehnt</li> <li>• Gleiche Aufstiegschancen im Sinne des Handwerks. Ungleiche Bezahlung kann durch unterschiedliche Erwerbsbiografien begründet sein.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks, allerdings befindet sich schon vieles in Umsetzung.</li> <li>• Keine Abschiebung von Flüchtlingen in Ausbildung, keine Abschiebung von Fachkräften in Engpassberufen.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks. Die Sprachförderung muss früh einsetzen und verschiedene Programme verzahnen.</li> <li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks, allerdings gibt es die zentrale Anlaufstelle in Form der Welcome Center und den Einheitlichen Ansprechpartner bereits.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> </ul>
--	--

Unternehmensgründungen ausbauen und mit dem Beratungsangebot der Kammern für Existenzgründer abstimmen.

## Rechtliche Rahmenbedingungen für den Mittelstand

- |   |  |
|---|--|
| <ul style="list-style-type: none"><li>• Wirtschaftliche Betätigung von Kommunen: Keine Aussage zu Umfang und Grenzen.</li><li>• Stärkung und Investitionsförderung der interkommunalen Zusammenarbeit.</li><li>• Landesbauordnung: Dach- und Fassadenbegrünungspflicht und Fahrradstellplatzpflicht wieder abschaffen.</li><li>• Bürgerbeteiligung: (Wieder-)Aufnahme der Einleitung des Bauleitverfahrens in den „Negativkatalog“ der Gemeindeordnung.</li><li>• Bessere Bekämpfung der Wohnungseinbruchskriminalität.</li><li>• Weiterhin für Stuttgart 21 einsetzen.</li></ul> | <ul style="list-style-type: none"><li>• Bekenntnis zur geltenden Fassung des § 102 Gemeindeordnung wäre für das Handwerk wichtig gewesen.</li><li>• Soweit die interkommunale Zusammenarbeit in handwerkliche Märkte eindringt, wird sie vom Handwerk abgelehnt.</li><li>• Im Sinne des Handwerks</li><li>• Im Sinne des Handwerks</li><li>• Nicht nur Wohnungseinbrüche, sondern auch Einbrüche in Gewerbegebieten besser bekämpfen.</li><li>• Im Sinne des Handwerks</li></ul> |
|---|--|

## Umwelt, Energie, Verkehr

- |   |   |
|---|---|
| <ul style="list-style-type: none"><li>• Technologieführerschaft BW bei Smart-Grid- und Smart-Metering-Implementierung anstreben.</li><li>• Bürokratie beim EWärmeG zurückfahren, Ablehnung der Einbeziehung Nichtwohngebäude.</li><li>• Steuerliche Abzugsfähigkeit bei der Gebäudesanierung.</li><li>• Freiwilligkeit vor Zwang in der Umweltpolitik.</li><li>• Keine Überregulierung im Umweltbereich wie im Umweltverwaltungsgesetz, strikte 1:1 Umsetzung von EU-Recht.</li><li>• CDU steht Öffentlich-Privaten-Partnerschaften (ÖPP) bei Infrastrukturprojekten offen gegenüber.</li><li>• Unterstützung der Kommunen bei großen und wichtigen Maßnahmen durch Erhöhung des Fördersatzes.</li><li>• Keine Fahrverbote, Überprüfung der Sinnhaftigkeit von Umweltzonen, stattdessen technischer Fortschritt zur Emissionssenkung.</li></ul> | <ul style="list-style-type: none"><li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks, unklar, wie dies realisiert werden soll.</li><li>• Maßnahmen gegen die Sicht des Handwerks</li><li>• Im Sinne des Handwerks</li><li>• Aussage nicht generell im Sinne des Handwerks (s. EWärmeG), aber bspw. bei kommunalem Anschluss- und Benutzungszwang.</li><li>• Im Sinne des Handwerks</li><li>• Das Handwerk sieht bei ÖPPs die Gefahr, dass mittelständische Betriebe faktisch ausgeschlossen werden.</li><li>• Begrüßenswert, da gerade die für Kommunen großen Projekte die Straßenbauprojekte sind.</li><li>• Im Sinne des Handwerks</li></ul> |
|---|---|

## Innovation, Technologie, Wirtschaft 4.0

- |  |   |
|--|---|
| <ul style="list-style-type: none"><li>• Breitbandausbau als Daseinsvorsorge. Breitbandpakt</li></ul> | <ul style="list-style-type: none"><li>• Im Sinne des Handwerks, bis auf die Förderung zur</li></ul> |
|--|---|

<p>mit Schwerpunkt Glasfaserausbau durch kommunale Verbände und LTE-Ausbau. Förderung zur Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke nur als Übergangslösung. Finanzierung mit 500 Mio. Euro. Ziel: Bis 2017 soll jeder Bürger mit mindestens 50MBit/s Bandbreite versorgt sein.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Stärkung vorhandener Clusterinitiativen und Unterstützung weiterer Cluster.</li> <li>• E-Learning-Angebote und Bildungsportale stärken.</li> <li>• Digitalisierungsgutscheine für KMU.</li> <li>• Zusammenführung verschiedener Landesagenturen (Leichtbau, e-mobil, Umwelttechnik u.a.) zu einer schlagkräftigen Innovations- und Patentverwertungsagentur.</li> <li>• Einrichtung eines Innovationsrates aus Wissenschaft, Unternehmen und Politik.</li> <li>• Ein zeitgemäßes Arbeitszeitrecht für die digitale Arbeitswelt; Vorrang betrieblicher und überbetrieblicher Lösungen vor gesetzlicher Regulierung.</li> </ul>	<p>Schließung der Wirtschaftlichkeitslücke, da sie zur Remonopolisierung führt. 50 Mbit/s darf nicht die endgültige Obergrenze sein. Betriebe brauchen teilweise höhere Geschwindigkeiten.</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Im Sinne des Handwerks, jedoch keine weiteren Gründungen. Betriebe benötigen echte Mehrwerte und Klasse statt Masse.</li> <li>• Leichter Zugang zu Hochschulbildung senkt Hürde zur Weiterqualifikation von Meistern aus dem Handwerk.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks, weil auf KMU zugeschnitten und sich das Konzept bei Innovationen generell bewährt hat.</li> <li>• Klingt sinnvoll, wenn dadurch Verwaltungsoverhead gespart, Doppelungen vermieden und Synergien eintreten können; würde auch Ansprache für das Handwerk erleichtern.</li> <li>• Sinnvolle Fortführung des Wirtschaftsdialoges Technologietransfer.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> </ul>
--	--

## Europa

<ul style="list-style-type: none"> <li>• Stimme Baden-Württembergs in der EU verstärken und somit frühzeitig europäische Themen aufgreifen und beeinflussen.</li> <li>• Bürokratieabbau in der EU vorantreiben: Notwendigkeit von offenem Markt und fairen Wettbewerbsbedingungen innerhalb der EU, da auch „das Handwerk (...) zunehmend international aktiv“ ist und insbesondere kleine Unternehmen darauf angewiesen seien.</li> <li>• Weiterentwicklung grenzüberschreitender Zusammenarbeit mit Frankreich.</li> <li>• Schaffung eines offenen Marktes mit den USA; wirtschaftliche Vorteile des Landes durch erfolgreichen Abschluss der TTIP-Verhandlungen.</li> <li>• Partnerschaft mit der Schweiz: Förderung grenzüberschreitender Zusammenarbeit, Ausbau der bestehenden Kooperationsräume, Rahmenabkommen EU/Schweiz soll vorangetrieben werden, Prüfung eines Beauftragten für die Beziehungen zur Schweiz.</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• Grundsätzlich im Sinne des Handwerks, Maßnahmen zum Erreichen dieser Ziele werden aber nur sehr allgemein und ungenau erläutert.</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> <li>• Im Sinne des Handwerks</li> </ul>
--	--